

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen

EntschlieÙung Nr. 1.

Wer besser leben, eine bessere Zukunft haben will, muss sich wehren und für den radikalen Politikwechsel kämpfen!

Seit 2012 regiert die CDU-SPD „Schuldenbremsen-Koalition“ im Saarland. Ihre Austeritätspolitik bezeichnet sie als alternativlos zur Lösung der Finanznot des Landes. Die beispiellose Sparpolitik der CDU-SPD-Koalition ist jedoch keine Sparpolitik, sondern eine Kürzungspolitik. Sie hat die Probleme nicht gelöst. Und wird sie nicht lösen. Sie verschärft lediglich die Situation, ist unsozial und zunehmend antidemokratisch. Sie ist der Nährboden für Scharfmacher und rechte Demagogen.

Als Erfolg wird von der saarländischen Koalition der „Kompromiss“ der Bundesländer über einen neuen Länderfinanzausgleich gefeiert. Aber ein genaues Hinsehen ist ernüchternd: Eine notwendige Entschuldung des Saarlandes wird es damit nicht geben, es muss weiterhin kaputtgekürzt werden. Finanzminister Schäuble in Berlin will diesen Kompromiss noch nicht einmal anerkennen.

Geld ist da. So soll der Verteidigungsetat immens steigen. Bis 2030 sollen 130 Milliarden Euro zusätzlich (!) in Modernisierung und Anschaffung von neuem Kriegsgerät gesteckt werden. Weitere 130 Milliarden für eine Kriegspolitik, deren Auswirkungen täglich als terroristische Bedrohung ins Land zurückkommen.

Auch die Subventionen für die Konzerne gibt es weiterhin. Die Gewinne und Maximalprofite werden immer wieder gesichert, die Risiken sozialisiert. Jegliche Gesetzgebung in Richtung einer gerechteren Umverteilung der Reichtümer der Gesellschaft wird unterlassen.

Mit der Fortsetzung der neoliberalen Austeritätspolitik wird weiterhin Druck auf die Sozialausgaben und öffentlichen Investitionen gemacht. Die Menschen, die vor Krieg und nicht mehr hinnehmbaren Lebenssituationen flüchten werden im Inneren zu Konkurrenten für die Arbeitenden gemacht, sollen für niedrigste Löhne arbeiten.

Alle leiden unter der Austeritätspolitik. Das ist so seit Schröders Agenda 2010.

Auf vielen Gebieten geht es inzwischen rasant bergab: Mit der Universität, in der Kulturlandschaft, in der Daseinsvorsorge, mit der finanziellen Ausstattung der Kommunen, mit den öffentlichen Dienstleistungen. Immer mehr Kommunen des Landes sind wegen steigender Ausgaben zum Haushalts-Sanierungsfall geworden.

Die gegenwärtig niedrigeren Zinsen mit derzeit etwas geringeren Zinslasten, die etwas bessere wirtschaftliche Konjunktur mit höheren Steuereinnahmen, werden von der Landesregierung genutzt, um eine Besserung der Lage vorzutäuschen. Was ist, wenn sich nun diese Faktoren verändern?

Was ist, wenn die kapitalistische Überproduktionskrise eine dramatische Entwicklung für die 42000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und der Zulieferindustrie im Saarland bringt? Welche Gefahren drohen für die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie, wenn die Profitgier der Stahlmultis nicht gebremst werden kann? Was ist, wenn der rapide Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst so fortgesetzt wird?

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen

Der Verlust von Arbeitsplätzen durch Betriebsschließungen, Standortverlagerungen wird immer alarmierender.

Im März brachte die Saarbrücker Zeitung die Schlagzeile: „Deutlich mehr Top-Verdiener im Saarland - Anstieg um 60 Prozent in zehn Jahren“. Im Text heißt es: „Die Zahl der Spitzenverdiener im Saarland mit einem jährlichen Einkommen von 150 000 Euro und mehr ist seit der Jahrtausendwende in die Höhe geschneit (...) Demnach stieg die Zahl der Steuerpflichtigen mit entsprechenden Einkünften von 3100 im Jahr 2001 auf 4950 in 2010. Das bedeutet eine Steigerung um 60 Prozent. Der Anteil der Top-Verdienste am Gesamteinkommen kletterte von 9,7 auf 10,9 Prozent. Bundesweit stieg die Quote im selben Zeitraum von elf auf 13 Prozent.“ Ein paar Tage vorher meldete der Paritätische Wohlfahrtsverband: „Das Armutsrisiko ist im Saarland höher als in den meisten anderen Bundesländern. Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung stieg die Armutsquote an der Saar zwischen 2013 und 2014 sogar von 17,1 auf 17,5 Prozent der Bevölkerung und liegt damit über dem Bundesdurchschnitt. Betroffen von Armut sind dem Bericht zufolge vor allem Alleinerziehende und Erwerbslose sowie Rentner.“

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an, und der Arme sagte bleich: 'Wär ich nicht arm wärst du nicht reich.'“ Treffender wie mit Berthold Brecht kann diese Entwicklung nicht beschrieben werden.

Trotz Haushaltsnotlage wird weiter von unten nach oben umverteilt und die Reichen werden reicher!

Die Zukunftsaussichten für das Leben und Arbeiten im Saarland werden mit diesem Dogma des neoliberalen Kapitalismus nicht besser werden.

Es ist unglaublich: Die Koalition von CDU und SPD in Saarbrücken setzt angesichts einer solchen Entwicklung blind auf ein „weiter so“! Selbstherrlich setzt sich die CDU-SPD-Koalition über alle alternativen Lösungsansätze hinweg. Das entspricht dem neoliberalen Grundkonsens in der Koalition. Mit ihrer parlamentarischen Mehrheit organisieren sie die Kürzungen gegen die arbeitenden Menschen im Land. Dies geschieht zunehmend mit Diktaten, Basta-Methoden, die einer Erpressung gleichen, mit Unwahr- und Halbwahrheiten als Druckmittel. An Stelle des Zuckerbrotes wird zunehmend nur noch die Peitsche eingesetzt. Die Kaputtsparpolitik ist zur Abwicklungspolitik verkommen!

Was hat dies noch mit Zukunftsgestaltung für die arbeitenden Menschen, für die Jugend und sozialer Gerechtigkeit zu tun? Oder mit Demokratie?

Es gibt sicherlich viele Ursachen für die Stimmengewinne der AfD. Eine Ursache ist die große Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik, deren Ergebnissen und die daraus entstehenden Zukunftsängste. Kräfte wie die AfD nutzen diese. Die Mischung mit Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ist zu einer großen Gefahr für das Leben und Arbeiten auch im Saarland geworden!

Die AfD ist ein gefährlicher Rechtsausleger des neoliberalistischen Kapitalismus. Mit ihrer Politik und Programmatik fordert sie eine Verschärfung der Kaputtsparpolitik, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und sozialer Besitzstände, wie das Rentensystem. Sie sieht sich

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen

als Druckmacher auf Regierungen, den Kurs der Ausplünderung der Arbeitenden und der Umverteilung von unten nach oben noch weiter zu forcieren.

Die DKP hat schon lange vor einer solchen Entwicklung gewarnt und bleibt bei ihrer Position:

- Der Kampf gegen die Austeritätspolitik, gegen die Kaputtsparpolitik ist der Dreh- und Angelpunkt für eine bessere Zukunft der Lebens- und Arbeitsbedingungen auch hier im Saarland!
- Wer die Finanznot hier im Lande bekämpfen will, muss von oben nach unten umverteilen. Die Reichen müssen zahlen!
- Statt der Abwicklungspraxis und -politik für das Saarland fordern wir ein Landesentwicklungsprogramm für die Zukunft der Jugend, der Arbeitenden, der von Arbeitslosigkeit Betroffenen! Wir fordern die Schaffung der Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen, auch für die Flüchtenden, die zu uns kommen.
- Die DKP fordert 1 Milliarde Euro für ein öffentliches Investitionsprogramm im Saarland. Damit muss vor allem die soziale und ökologische Infrastruktur modernisiert und verbessert werden. Dazu gehört ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, mit dem die Arbeitslosigkeit und die zunehmende Armut bekämpft werden kann. Notwendig ist auch ein Zukunftsprogramm für die Stahlindustrie und ihre Arbeitsplätze.
- Das Geld für ein solches Investitionsprogramm muss aus verschiedenen Quellen generiert werden. Der Bund darf nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden das Saarland zu entschulden und entsprechende Mittel bereitzustellen.
- Die DKP fordert eine Millionärssteuer. Im Saarland kann mit einer „Millionärsabgabe zur Bekämpfung der Haushaltsnotlage“ der Anfang gemacht werden!
- Die DKP unterstützt den Widerstand gegen die Austeritätspolitik und ist selbst mit eigenen Aktionen und Initiativen dabei.
- Wir sind solidarisch verbunden mit allen, die für einen radikalen Politikwechsel eintreten und aktiv sind, in dessen Mittelpunkt eine klare Absage an die neoliberale Kaputtmach-Politik und deren Überwindung für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit steht!

Wir treten mit unseren Möglichkeiten dafür ein, dass sich die Kräfte, die für einen solchen radikalen Politikwechsel arbeiten, in „Ratschlägen“ verständigen und versuchen ihre Kräfte zur Erreichung dieses Zieles zu bündeln.

Die DKP tritt dafür ein, dass die Demagogie der rechten Rattenfänger mit einer ehrlichen und überzeugenden Alternative bekämpft wird. Nach Auffassung der DKP ist ein alternatives, gemeinsames Projekt aller, die den Neoliberalismus überwinden wollen, überfällig.

Der außerparlamentarische Druck muss stärker werden. Die Impulse aus Aktionen wie von ver.di zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und der Pflege geben wertvollen Schub und viele Erfahrungen!

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen

Wir appellieren an den DGB und alle Einzelgewerkschaften, sich konsequent aus einer Einbindung in die Austeritätspolitik zu lösen und eine eigene, gewerkschaftlichen Interessen entsprechende, gesellschaftspolitische Alternative zu entwickeln, dafür zu mobilisieren und Druck zu machen. Die Erarbeitung von Antworten aus gewerkschaftlicher Sicht auf die Frage „Wie wollen wir im Saarland in Zukunft leben und arbeiten und was ist dazu erforderlich?“ ist dringender denn je.

Nur so wird die Kraft wachsen und wirksamer für den notwendigen, radikalen Politikwechsel!

- **Schluss mit dem neoliberalen Kaputt-Kürzen!**
- **Entwickeln statt Abwickeln!**
- **Die Reichen müssen zahlen! Millionäre zur Kasse!**
- **Der Mensch geht vor Profit!**